

Wahrnehmungen
des japanischen Atomunglücks
aus koreanischer und japanischer
Perspektive im Unterschied
zu der deutschen Sichtweise

Die Herausforderung von Fukushima

Colin Dürkop

Die Katastrophe von Fukushima sucht ihresgleichen. Japan steht vor der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Welche Schlüsse ziehen Deutschland und Ostasien aus dieser Katastrophe? In Südkorea gibt es vier Nuklearkraftwerke mit einundzwanzig Reaktoren, die sich in ländlichen Gebieten im Süden des Landes befinden – alle an der Küste vergleichbar dem AKW Fukushima. Sie decken mit 127 Terawatt pro Stunde derzeit über ein Drittel des Strombedarfs ab. Südkorea ist weitgehend erdbebenfrei, doch ist die Öffentlichkeit seit dem nuklearen Unfall in Japan in einem zunehmenden Maß sensibilisiert. Die Zahl der aktiven Atomkraftwerkgegner hält sich dennoch in Grenzen, da die hohen Kosten eines Umstiegs auf andere Energieträger befürchtet werden.

Überprüfung, aber keine Abkehr

Präsident Lee Myung-bak hatte am 16. März 2011 eine umfassende Sicherheitsüberprüfung sämtlicher Nuklearreaktoren in Korea angeordnet. Er entsendete seinen Minister für Technologie und Wissenschaft mit einer Abordnung von Nuklearwissenschaftlern zu einem der Atomkraftwerke zwecks einer umfassenden Sonderinspektion – sicherlich auch als symbolhaftes Zeichen, dass sich die Regierung aktiv um die Betriebssicherheit und Sicherung der Reaktoren kümmert. Insbesondere soll jetzt sukzessive die Anfälligkeit der Kernkraftwerke für Tsunamis überprüft werden, wie das Koreanische Institut für Reaktorsicherheit

mitteilte. Dies sei nach der Katastrophe von Fukushima zwingend notwendig.

Offensichtlich wird im Moment aber noch nicht an eine generelle Abkehr von der Kernenergiepolitik gedacht. Zu sehr hängt der Energiebedarf Südkoreas von der Atomenergie ab. Der Bau von weiteren sieben Nuklearreaktoren bis zum Jahr 2016 ist bereits in Planung. Angeblich sollen sie eine Erdbebenstärke von bis zu 7,5 der Richterskala aushalten können und damit sicherer sein als die japanischen Kernkraftwerke – aber ob sie auch anderen Risikofaktoren wie zum Beispiel einer Tsunamiwelle vergleichbar der von Fukushima standhalten würden, bleibt zurzeit unbeantwortet.

Außerdem gehört der Export nuklearer Technologie zu den Exportschwerpunkten Südkoreas. Japan und Südkorea hatten zur *nuclear power renaissance* wesentlich beigetragen. So wurde zum Beispiel 2009 ein Abkommen im Wert von zwanzig Milliarden US-Dollar zur Lieferung von Atomkraftanlagen zwischen Südkorea und den Vereinigten Arabischen Emiraten abgeschlossen. An dieser Strategie will das Land weiter festhalten, da koreanische AKW generell als besonders sicher gelten.

Skepsis gegenüber Sicherheitsmaßnahmen

Allerdings regt sich ein gewisser Widerstand unter der südkoreanischen Bevölkerung der betroffenen Gebiete, der zunehmend von Umweltgruppen aufgegriffen wird. So hat beispielsweise der

Koreas Atomkraftwerke gelten weltweit als sehr sicher. Dennoch kam es 1999 in Wolsong zu einem Zwischenfall, bei dem 22 Arbeiter leicht verstrahlt wurden.

© picture-alliance/dpa, Foto: Ho



Leiter der *Energy Justice Actions* angekündigt, dass der Verein seine Kampagne gegen die Nuklearenergienutzung in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und Anwohnern intensivieren wird. Kim Han Gi von der zweitgrößten Nichtregierungsorganisation des Landes, *Citizens Coalition for Economic Justice (CCEJ)* – die auch zu den Kooperationspartnern der Konrad-Adenauer-Stiftung zählt – nimmt im Moment noch eine abwartende Haltung ein. Er verweist auf diejenigen, die die Politik und Maßnahmen der Regierung überwachen und kritisieren. Insbesondere beschäftigt sich KFEM (*Korea Federation for Environmental Movements*) mit Umweltproblemen. Mit Blick auf die japanische Nuklearkrise kritisiert KFEM, dass auf den Webseiten der Regierungsorganisationen konkrete Hinweise auf die radioaktive Belastung und Notpläne fehlen. Außerdem soll es landesweit nur einundzwanzig Kliniken (meist in unmittelbarer

Nähe der AKW) in Südkorea geben, die fähig sind, Patienten adäquat zu behandeln. Die medizinische Versorgung für den Notfall (zum Beispiel mit Kaliumjodid) sei völlig unzureichend. Auch die bisweilen mangelhafte Informationspolitik der Regierung wurde kritisiert.

Mitgefühl mit dem Nachbarn

Betroffenheit und Empathie unmittelbar nach der Katastrophe kamen bei der südkoreanischen Bevölkerung in vielfacher Weise zum Tragen: So hatte etwa der Verband der überlebenden koreanischen Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki in Solidarität mit den Opfern sofort nach der japanischen Erdbeben- und Tsunamikatastrophe eine Spendenaktion gestartet. Zahlreiche andere Nichtregierungsorganisationen sammelten ebenfalls Spenden ein und schickten Hilfsgüter und Unterstützungskräfte nach Japan (unter anderem *The Beautiful Foundation* und *Good Neighbours*).

Selbst die noch wenigen überlebenden „Trostrfrauen“ (Zwangsprostituierte während der japanischen Okkupation) legten während ihrer wöchentlichen Protestversammlungen vor der japanischen Botschaft eine Schweigeminute ein und beteten für die japanischen Opfer.

Der japanische Botschafter sprach die Hoffnung aus, dass sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach der Unterstützung und Anteilnahme der Regierung und Bevölkerung Koreas nachhaltig intensivieren und verbessern würde. Die südkoreanische Regierung hatte ihre bisher größte Katastrophenhilfsaktion gestartet und unter anderem auch 52 Tonnen Boron zur Stabilisierung des japanischen Reaktors geliefert sowie zwanzig Tonnen Trinkwasser, Nahrungsmittel und Schutzkleidung. Als erstes Land hatte Südkorea auch eine 107-köpfige Rettungsmannschaft entsandt, um die japanische Regierung bei der Vermisstensuche zu unterstützen. Das koreanische Rote Kreuz hatte als größte Einzelspende einer Nichtregierungsorganisation überhaupt vierzig Millionen US-Dollar beigetragen, und die für ihre japankritische Berichterstattung bekannte Tageszeitung *Chosun Ilbo* hatte insgesamt zehn Millionen US-Dollar aufgebracht. Selbst die sogenannten *comfort women* steuerten 15 000 US-Dollar bei.

Kernenergie alternativlos?

Für die Regierungspartei *Grand National Party* (GNP), die unmittelbar nach der Katastrophe einen Sonderausschuss gebildet hatte, gibt es derzeit zur Nuklearenergie als zwingend notwendiger, sicherer, umweltfreundlicher und effizienter Energiequelle für das Land keine realistische Alternative. Um die Beunruhigung in der Bevölkerung zu entschärfen, forderte die Partei gründliche Sicherheitsüberprüfungen und Vorsorgemaßnahmen gegen Naturkatastrophen. Gleichzeitig mahnte die GNP die entsprechenden politischen Kreise, die Verbreitung

von haltlosen Gerüchten über die angeblich mangelhafte Reaktorsicherheit sowie Schuldzuweisungen an die Regierung bezüglich ihrer Energiepolitik aufzugeben.

Auch der Sprecher des „Blauen Hauses“ (des südkoreanischen Präsidialbüros) hat mehrmals die Sicherheit der koreanischen Nuklearreaktoren beteuert und bestätigt, dass an dem Ziel des Exports von Nuklearreaktoren weiterhin unverändert festgehalten wird.

Aus der größten Oppositionspartei (Demokratische Partei) kommen derzeit widersprüchliche Signale. Ihr Vorsitzender Sohn Hak-gyu forderte, dass sich das Land gegen die Gefahr eines radioaktiven Lecks und mögliche wirtschaftliche Schäden wappnen sollte. Er befürwortete den unverzüglichen Einsatz von koreanischen Rettungskräften in Japan. Zwischenzeitlich äußerte sich der Fraktionsvorsitzende Park Ji-won, dass Korea vor einem Erdbeben nicht sicher sei. Daher sollten Seoul und Pjöngjang ein Gipfeltreffen abhalten, um mögliche Schäden durch ein Beben am Baekdu-Berg gemeinsam zu untersuchen. Bei den Nachwahlen vom 27. April 2011 sprach sich die oppositionelle Demokratische Partei allerdings dezidiert gegen die nukleare Energiegewinnung aus. Ein Kandidat der GNP für den Provinzgouverneursposten Gangwon (entspricht in etwa dem deutschen Ministerpräsidenten – mit weniger Kompetenzen), Ohm Ki-Young, scherte aus der gängigen Parteimeinung aus, indem er die Aussetzung des Baus eines bereits geplanten AKW Samcheok in seiner Provinz forderte. Allerdings verlor er trotz dieses öffentlichen Schwenks die Wahl knapp gegen seinen Herausforderer von der Demokratischen Partei.

Andere Parteien betonten, dass der Bau weiterer Atomkraftwerke gestoppt werden solle. Sicherheitsmaßnahmen und Vorschriften in Korea seien wesentlich niedriger als in Japan, daher sei Korea

mindestens genauso anfällig und verwundbar wie Japan.

Gelassener als die Deutschen

Anders als in Deutschland, das ja nicht unmittelbar von den Auswirkungen durch das japanische AKW Fukushima in Mitleidenschaft gezogen ist, berichten die koreanischen Medien über die Lage in Japan vergleichsweise sachlich und emotionsneutral. Die deutschen Medien berichten hingegen schriller und emotionsgeladener, teilweise sogar reißerischer als die japanischen und koreanischen Counterparts. In Deutschland wird und wurde das Thema Atomenergie von jeher hoch politisiert und emotionalisiert. Die Katastrophe von Fukushima hat diese Emotionalität noch einmal gesteigert. In der deutschen Medienlandschaft war seit dem Eintreten der Katastrophe das havarierte Atomkraftwerk Fukushima ein dominierendes Thema und hat die latente Besorgnis in der deutschen Bevölkerung praktisch noch weiter angeheizt. Die Menschen wurden über Live-Ticker praktisch im Minutentakt akribisch auf dem aktuellsten Stand der Dinge gehalten. Die permanente Berichterstattung in Deutschland hat augenscheinlich auch die Atomkraftgegner beflügelt und sogar maßgeblich das Wahlverhalten mit beeinflusst.

In Südkorea ist von derlei Entwicklungen nichts zu spüren. Stattdessen reagiert die Bevölkerung angesichts der Tatsache, dass das Nachbarland Japan nur etwas mehr als tausend Kilometer entfernt liegt, eher gelassen. Es wird zwar auch täglich in den Medien über Fukushima berichtet, und man hat notwendige Schutzmaßnahmen eingeleitet (wie etwa einen Einfuhrstopp von verseuchten Lebensmitteln aus Japan und regelmäßige Kontrollen der radioaktiven Werte in der Luft) – doch wird grundsätzlich vorgezogen, Panik machendes Verhalten in der Bevölkerung zu unterbinden. Der Bevölkerung in Korea und Japan fehlt ja auch eine Option

auf Massenemigration. Das ist vergleichbar mit der Situation nach der Katastrophe von Tschernobyl, als auch die deutsche Bevölkerung nicht einfach auswandern konnte.

Insbesondere die Japaner bemängeln die einseitige deutsche Medienberichterstattung zugunsten der nuklearen Katastrophe auf Kosten des menschlichen Leids und Leidens in den von dem Tsunami und Erdbeben heimgesuchten Gebieten. Vermisst wird hier ein gesundes Maß an Empathie. Außerdem ist für sie die Angst der deutschen Bevölkerung nicht nachzuvollziehen, die eigentlich gar nicht direkt betroffen ist.

Auswirkungen auf den asiatischen Raum

Auch drei Monate nach der Katastrophe lassen sich die Umweltbelastungen und finanziellen Konsequenzen nicht abschließend abschätzen oder monetär bewerten – zu weit liegen die verschiedenen Schätzungen auseinander. Sicher ist nur, dass es sich für Japan um die größte Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs handelt und die japanische Wirtschaft und Politik sich mit noch nicht absehbaren mittel- bis langfristigen Folgen konfrontiert sehen. Momentan stehen die Sorgen um wirtschaftliche Einbrüche im Vordergrund. Trotz massiver Hilfspakete steht in Japan das Gespenst einer Rezession am Horizont, von der auch die anderen asiatischen Volkswirtschaften in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Trotzdem ist keine radikale Abkehr der Politik, Industrielobby oder Bevölkerung von der Kernenergie auszumachen – zu weit liegt Japan bei der Windenergie zurück. Allenfalls ein vorsichtiges Umlenken und Umdenken in der Energiepolitik scheint denkbar, nicht jedoch ein überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Katastrophe in Japan hat auch die anderen Regierungen und zahlreiche Experten Ostasiens nachdenklicher ge-

macht. Sie stellen sich zunehmend die Frage, ob die Nutzung von Kernenergie im bisherigen Umfang weiterhin die richtige Alternative ist oder künftig nicht doch erneuerbare Energien verstärkt eingesetzt werden sollten.

Die chinesische Regierung hat angekündigt, ihre Atomkraftwerke zu überprüfen und die Genehmigung neuer Kraftwerksbauten vorübergehend zurückzustellen. Es soll zunächst sichergestellt werden, dass sie den Sicherheitsstandards der internationalen Atomenergiebehörde entsprechen. Auch China ist weitestgehend auf den Strom von Atomkraftwerken angewiesen, weil das Land sonst den Energiebedarf seiner rasant wachsenden Wirtschaft und Bevölkerung nicht decken kann. Deswegen will und muss die Regierung weitere Kernkraftwerke bauen – aber jetzt wohl mit einem größeren Sicherheitsbewusstsein.

Auch andere asiatische Länder wollen nur ungern auf die Kernenergie verzichten, sehen sie sich doch ebenso einer stark wachsenden Konkurrenz gegenüber. Singapurs Seniorstaatsminister für Handel, Industrie und Bildung, S. Iswaran, verkündete, dass Singapur die Technologie der Atomkraft untersuchen müsse. Das Ergebnis sei dabei offen. Auch wenn man Atomenergie vielleicht nicht selbst nutzen werde, so müsse man trotzdem verstehen können, welche Auswirkungen sie auf Singapur haben könnte. Insbesondere auch deshalb, weil seine Nachbarstaaten Indonesien und Malaysia sowie Thailand und Vietnam künftig Atomenergie nutzen wollten. Unterdessen denkt Indien derzeit über die Einführung eines Moratoriums nach.

In Korea sind bei Politik, Experten und Medien noch keine starken Signale hin zu einer Änderung in der Energiepolitik auszumachen. Auch die koreanische Bevölkerung zeigt keine Anzeichen von Besorgnis, dass etwas Ähnliches wie Fukushima auch im eigenen Land passieren

könnte. Im Vergleich zur allgemeinen Aufregtheit in Deutschland ist die Stimmungslage in Korea eher ruhig. Die Anzahl der Kernkraftgegner hält sich nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der hohen Kosten bei einem Wandel der Energiepolitik wie auch des Vertrauens in die technischen Standards in Grenzen. Man sieht sich im Falle einer als eher unwahrscheinlich eingestuften nuklearen Katastrophe als ausreichend gerüstet und entsprechend vorbereitet.

Während eines Besuchsprogramms für koreanische Politiker auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland im März 2011 wurde der ehemalige Minister für Wirtschaft und Technologie, Choi Kyung Hwan, mehrmals danach befragt, ob die Katastrophe von Fukushima Auswirkungen auf das Fortschrittsverständnis Koreas habe. Er erläuterte die offizielle Position der koreanischen Regierung und seiner Partei dahingehend, dass Korea weiterhin auf Atomstrom angewiesen sei, da es über keine anderen nennenswerten Energieresourcen – wie zum Beispiel fossile Träger oder Windenergie – verfüge. Zurzeit werden aus den existierenden einundzwanzig Reaktoren fast vierzig Prozent des Energiebedarfs gedeckt; dieser Anteil soll aber in den nächsten Jahren auf bis zu sechzig Prozent hochgefahren werden. Die koreanische Industrie sei auf den billigen Strom angewiesen, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Im Moment sei der Industriestrom fünfzig Prozent billiger als jede andere alternative Energie (nach Kanada ist Südkorea der zweitbilligste Stromanbieter). Auch die Effizienz alternativer Energiegewinnung sei momentan viel zu niedrig. Sie solle aber von derzeit zwei Prozent mittelfristig auf zehn Prozent angehoben werden. Zudem gelten die koreanischen AKW als moderner als die japanischen Counterparts.

Zurzeit sei eine umfassende Sicherheitsprüfung im Gange, aber generell wür-

den sämtliche koreanischen AKW einer Erdbebenstärke bis 6,5 der Richter-Skala standhalten. Zudem gebe es in Korea keine Erdbeben dieser Stärke. In den letzten dreißig Jahren habe es keinen einzigen Vorfall gegeben. Der Wettbewerb für die Ansiedlung der geplanten neuen AKW unter den dafür infrage kommenden Distrikten sei im Übrigen sehr groß – ein unmissverständliches Indiz für das Vertrauen in die koreanischen AKW.

Auch die japanische Bevölkerung scheint angesichts der aktuellen Lage um das Kernkraftwerk Fukushima offensichtlich nur wenig Besorgnis, Verzweiflung oder gar Zorn nach außen hin zu artikulieren. Ausländischen Beobachtern wird immer wieder erklärt, dass dies in erster Linie in der japanischen Kultur begründet liegt, wonach es unüblich ist, sich öffentlich zu beklagen oder jemandem zur Last zu fallen. Einmal mehr hat diese Naturkatastrophe die innere Stärke und Ruhe der Bevölkerung sowie deren Geduld und Erduldensfähigkeit an den Tag gebracht. Auch scheint der Gemeinsinn beziehungsweise Gemeinschaftsinn in Japan deutlicher als anderswo ausgeprägt zu sein. Nach japanischer Auffassung kann eine Katastrophe wie die aktuelle nur gemeinsam bewältigt werden. Die kulturellen Normen und Verhaltensweisen in Deutschland und Japan könnten dabei krasser nicht sein: Während in Deutschland die Geigerzähler ausverkauft sind, isst der Pressesprecher der japanischen Regierung öffentlichkeitswirksam verstrahlte Tomaten. Auch wenn eine latente Besorgnis in der Bevölkerung existiert und sich das öffentliche Meinungsbild in Japan leicht zugunsten eines Ausstiegs aus der Kernenergie zu verschieben scheint, halten sich die aktiven Proteste bisher in einem sehr überschaubaren Rahmen. Dabei beunruhigt die Bevölkerung nicht so sehr die Nutzung der Atomkraft an sich, sondern der teilweise fahrlässige Umgang

mit ihr, insbesondere des AKW-Betreibers Tepco.

Die Debatte über die Nutzung von Atomkraft und die Auswirkungen auf Wachstum und Fortschritt tragen völlig andere Züge als in Deutschland.

In Deutschland hat die Art der Medienberichterstattung um das havarierte japanische Atomkraftwerk Fukushima Daiichi wesentlich dazu beigetragen, dass das öffentliche Meinungsbild gegenüber der Nutzung von Kernenergie zunehmend negativ ausfällt. Andererseits weisen unabhängige Beobachter auch auf die Nachteile und negativen Effekte der von den Atomkraftgegnern geforderten erneuerbaren „grünen“ Energien hin wie zum Beispiel bei der Gewinnung von Solarenergie. Solarkraftwerke benötigen Kupferrohre, und bei der Gewinnung von Kupfer entweicht Uran. Dieser Sachverhalt wird eher selten publik gemacht und bleibt somit weitestgehend der öffentlichen Meinungsbildung entzogen.

Insgesamt betrachtet, ist ein umfassendes Einlenken in der Energiepolitik und des darauf aufbauenden Fortschrittsverständnisses in Korea und Japan wie auch in den meisten Ländern Ostasiens bis dato nicht auszumachen. Die Spielräume für alternative Energiegewinnung sind momentan zu gering und teuer, allenfalls werden graduelle Änderungen in Erwägung gezogen. Der allgemeine Konsens der fernöstlichen Regierungen scheint sich dahin gehend zu entwickeln, dass künftig zwar die Risiken der Atomkraft mehr berücksichtigt werden, aber in den kommenden Jahrzehnten nicht gänzlich auf sie verzichtet werden soll (auch wenn allgemein bewusst ist, dass ein gewisses Restrisiko nicht ausgeschlossen werden kann). Insbesondere in Südkorea herrscht weiterhin die sprichwörtliche *Can do*-Mentalität vor. Das Land setzt weiterhin auf Wachstum und Atomkraft. Fortschrittsglaube und Fortschrittswille sind ungebrochen.